

Amnesty International will sich verstärkt für eine Kontrolle des internationalen Waffenhandels einsetzen. Das beschlossen die rund 500 Delegierten auf der Jahresversammlung der deutschen Sektion der Menschenrechtsorganisation. Als weitere Arbeitsschwerpunkte legten sie den Einsatz für Menschenrechte in den arabischen Ländern und gegen rechtswidrige Zwangsräumungen fest.

„60 Prozent der Menschenrechtsverletzungen, die wir dokumentieren, werden mit Waffen begangen“, sagte Alexander Hülle, Vorstandssprecher von Amnesty International zum Abschluss der Versammlung in Neu-Ulm. „Eine strikte Kontrolle des internationalen Waffenhandels könnte daher ein wichtiger Baustein zur Prävention sein. Eine wichtige Chance hier voranzukommen, ist die UNO-Konferenz im Juli über einen internationalen Waffenhandelskontrollvertrag. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dabei energisch für einen menschenrechtlich wirksamen Vertrag einzusetzen.“ Entsetzt zeigte sich die Jahresversammlung über den Tod von Hunderten Menschen, darunter mindestens 34 Kinder, in der syrischen Stadt Hula.

Für die Menschenrechte in Aserbaidschan vergaben die Amnesty-Mitglieder in Anlehnung an den Eurovision Song Contest, der an diesem Abend in Aserbaidschan stattfand, symbolisch 0 Punkte für Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit.



Im Zusammenhang mit der Jahresversammlung fand auch eine öffentliche Aktion auf den Ulmer Rathausplatz statt. Amnesty International wollte damit auf die Notwendigkeit eines Kontrollvertrages für den internationalen Waffenhandel hinweisen.

